



# BERICHT AUS BERLIN von Dr. Inge Gräßle



18.03.2022

Ausgabe 006

## Russland-Sanktionen nachschärfen, Kriegsflüchtlingen helfen!

**Energiepreise: Wir brauchen schnelle, spürbare Entlastung für Bürger und Unternehmen**

Der verbrecherische Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine geht bald in die vierte Woche. Uns erreichen immer mehr schreckliche Bilder zerstörter Städte und Dörfer. Krankenhäuser werden beschossen, wir werden Zeugen russischer Kriegsverbrechen. Die weitere Eskalation durch Russland zwingt uns, die Sanktionen nachzuschärfen. Wir unterstützen die Europäische Union bei diesem Vorgehen.

Und auch wenn es uns selbst wehtut, gerade bei den Energiepreisen: Wir dürfen den Krieg Putins nicht auch noch finanzieren. Daher muss z.B. auch die Gaspipeline Nordstream 1 zur Debatte stehen.

Der Zustrom ukrainischer Kriegsflüchtlinge hält unvermindert an. Wir brauchen eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge in Deutschland und in Europa. Manche Regionen sind bereits kurz vor der Überlastung, andere haben noch Kapazitäten. Wir werden die Bundesregierung dazu drängen, endlich eine stringente Koordination mit Ländern und Kommunen herbeizuführen. Als nächstes müssen wir schnell geeigneten Schulunterricht für die Kinder und Unterstützung für die Erwachsenen beim Ankommen in Deutschland ermöglichen. Viele Bürgerinnen und Bürger zeigen hier unermüdlichen Einsatz – sei es privat oder im Ehrenamt. **Dafür gilt ihnen unser herzlicher Dank.**

Europa zeigt sich in diesen Tagen vereint in Humanität und Hilfsbereitschaft. Es ist der Gegenentwurf zu Putins verbrecherischem Regime – darauf können wir stolz sein!

### Energiepreise

Infolge des Krieges in der Ukraine sind die Energiepreise auf historische Höchststände gestiegen.

Die Bundesregierung muss schnell für spürbare Entlastung bei Bürgern und Unternehmen sorgen. Wir brauchen kein Bürokratiemonster wie das vom Finanzminister geplante Rabattsystem für Benzin. Stattdessen muss die Bundesregierung Energiesteuer und Umsatzsteuer zügig senken. So können wir beim Spritpreis bis zu 40 Cent einsparen. Das ist der effektivste Weg.

### Coronapolitik der Bundesregierung bleibt konfus

Seit Amtsantritt unterliegt die Bundesregierung in der Pandemiepolitik einer Fehleinschätzung nach der anderen: Uneinigkeit in den eigenen Reihen, die tatsächliche Lage der Pandemie wird verkannt. Die Neuinfektionen erreichen einen neuen Höchststand, aber die Koalitionsfraktionen streiten intern weiter über sich widersprechende Gruppenanträge zur Impfpflicht. Bei den Lockerungen steht Ideologie über nüchterner Analyse. Die Impfkampagne wurde nicht erneuert und mit einer uninspirierten Werbeaktion schlecht ersetzt.

Wir bleiben bei einer Politik mit Augenmaß. Unser Weg steht für Besonnenheit und wird der Lage gerecht: Vorsichtig bleiben, Vorsorge treffen und mehr Tempo beim Impfen.

## **Impfvorsorgegesetz – Ein guter Schutz für unser Land**

In erster Lesung haben wir uns nun auch im Plenum mit unserem Vorschlag für ein Impfvorsorgegesetz befasst. Anders als die Koalitionsfraktionen flüchten wir uns nicht in Gruppenanträge, die kaschieren sollen, dass die Ampel an dieser Stelle keine einheitliche Position hat.

Die von uns entwickelte differenzierte Lösung bietet für unser Land die Möglichkeit, jetzt Vorsorge für weitere Pandemiewellen zu treffen und gleichzeitig flexibel auf weitere Entwicklungen reagieren zu können.

Unser Konzept beruht auf folgenden Erwägungen: Die Bundesregierung sollte schnellstmöglich mit dem Aufbau eines Impfreisters beginnen. Bereits der Ethikrat hat sich in seiner Stellungnahme für die Errichtung ausgesprochen und Wissenschaftler verschiedener Disziplinen bestätigen uns, wie nützlich eine verbesserte Basis an Gesundheitsdaten für die Bekämpfung der Pandemie wäre.

Darüber hinaus muss die Impfkampagne verbessert werden. Denn das vergangene Jahr hat deutlich gezeigt: Nichts hilft uns allen so wirkungsvoll bei der Bekämpfung der Pandemie wie eine hohe Impfquote in der Bevölkerung. Die Bundesregierung muss neue Formate der Impfansprache flächig verfügbar machen, die Impfinfrastruktur stärken, insgesamt die Impfkampagne verbessern. Sie muss Milieus ansprechen, die bisher eine niedrige Impfquote aufweisen.

Schließlich fordern wir einen Impfmeehanismus mit Aktivierungsmöglichkeit. Dieser kann bei Bedarf kurzfristig durch Bundestagsbeschluss mit Zustimmung des Bundesrates aktiviert werden. Der Deutsche Bundestag entscheidet über eine Aktivierung des Impfmeehanismus, wenn die Situation es erfordert.

Dieser Vorschlag schafft umsetzbaren und vor allem rechtssicheren Schutz für unser Land – insbesondere vor einer künftigen Virusvariante im kommenden Herbst. Unser Antrag richtet sich an alle, die für eine Politik des Augenmaßes sind.

Wer den Antrag nachlesen möchte: [KLICK](#)

## **Für eine sichere, bezahlbare und souveräne Energieversorgung**

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands unter Führung von Präsident Putin auf die Ukraine markiert eine Zeitenwende in der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Auch in der Energiepolitik müssen alle Handlungsoptionen zur sicheren Energieversorgung und zur Reduzierung von einseitigen Abhängigkeiten insbesondere von Russland auf den Tisch.

Die aktuelle Situation stellt uns bei der Energieversorgung vor eine doppelte Herausforderung: Sicherheit sowie Souveränität in der Versorgung, Klimaschutz und Kosteneindämmung bei den extrem gestiegenen Energiepreisen. Die Regierung muss jetzt handeln und eine Energiestrategie für Deutschland vorlegen. Wir brauchen eine Gasversorgung, die nicht von Gasimporten aus Russland abhängig ist und unsere Souveränität gewährleistet.

Zudem muss die Bundesregierung ein nationales Sicherheitskonzept für die gesicherte Stromversorgung vorlegen und sowohl dauerhafte als auch vorübergehende Maßnahmen ergreifen, um die Kostenexplosion bei den Energiepreisen abzufedern.

Wortlaut des Antrags: [KLICK](#)

## **Mahnmal für die Opfer des Kommunismus umsetzen – Opfer damit auch in Deutschland angemessen würdigen**

Das „Mahnmal für die Opfer des Kommunismus“ ist eine langjährige Forderung der Verbände der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft. Die Union hat diese immer unterstützt. In der letzten Wahlperiode hat der Deutsche Bundestag den „Errichtungsbeschluss“ für das Mahnmal gefasst.

Bis heute aber ist die Standortfrage nicht geklärt. Das Mahnmal findet im Ampel-Koalitionsvertrag keine Erwähnung. Mit dem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, bis zum 2. Quartal 2022 einen konkreten Vorschlag für einen Standort für das Mahnmal für die Opfer des Kommunismus in der Mitte Berlins zu machen und eine Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben.

## **Durch Technologieoffenheit die Transformation der Automobilindustrie beschleunigen und die Klimaschutzziele erreichen**

Die öffentliche Debatte um Technologieoffenheit und Elektromobilität hält an. Eine konkrete und vor allem eindeutige Position der Bundesregierung bzw. des Bundesverkehrsministeriums war bisher nicht erkennbar. Dabei ist dieses Thema auch für meinen Wahlkreis von existentieller Bedeutung!

Mit diesem Antrag bringen wir unsere differenzierte Position zum Ausdruck: Wir fordern Technologieoffenheit im motorisierten Individualverkehr. Alle zur Verfügung stehenden Instrumente und Technologien sollen genutzt werden, um die Klimaschutzziele zügig zu erreichen. Schnelles und entschlossenes Handeln sowie klare und konkrete Aussagen der Bundesregierung sind dringend erforderlich.

## **Rede des ukrainischen Präsidenten**

Mit einem eindringlichen Appell richtete sich der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj in einer Videoansprache an die Bundestagsabgeordneten: „Helfen Sie unserem Land.“ Alle Welt könne sehen, dass die Ukrainer frei leben und sich nicht einem anderen Land unterwerfen wollen. In diesen Stunden und Tagen gebe es unzählige wahllose Angriffe der russischen Truppen auf Zivilisten und Soldaten. „Nach 80 Jahren versucht man in Europa, ein ganzes Volk zu vernichten.“

Selenskyj schonte uns nicht, wofür ich jedes Verständnis habe. So warf er Deutschland vor, zu enge wirtschaftliche Kontakte zu Russland unterhalten zu haben, als sich der Angriffskrieg bereits andeutete: „Verschärfen Sie die Sanktionen und schließen Sie Russland aus dem SWIFT-System aus.“ Durch die wirtschaftliche Kooperation mit Moskau sei eine Mauer quer durch Europa gezogen worden. „Ich bitte Sie, reißen Sie diese Mauer nieder, unterstützen Sie uns.“

Dass wenige Minuten nach Selenskyjs Rede die Bundestagssitzung eröffnet und die Regierungskoalition zur Tagesordnung übergang, nahm die Unionsfraktion nicht widerspruchslos hin. „Nach diesem beeindruckenden Auftritt müssen wir uns darüber klar werden, wo wir stehen“, sagte Unionsfraktionschef Friedrich Merz. Der ukrainische Präsident habe mehr als deutliche Forderungen an die Bundesrepublik gestellt, über die in diesem Moment nicht einfach hinweggegangen werden könne. Es sei beschämend, wenn sich das oberste Parlament nach diesem verzweifelten Hilferuf ohne Aussprache lediglich den innenpolitischen Fragen widme.

Ich teile diese Kritik. Dieser Moment war wirklich zum Fremdschämen.

Video Selenskyj: [KLICK](#)

GO-Antrag Merz: [KLICK](#)

## Weitere Beschleunigungspotenziale bei Verkehrsprojekten heben

Die unionsgeführte Bundesregierung hat in der vergangenen Wahlperiode des Deutschen Bundestages vier wesentliche Gesetze mit dem Ziel auf den Weg gebracht, Infrastrukturprojekte in Deutschland schneller umzusetzen. Die Gesetze sind ein gutes Fundament, um Deutschland wettbewerbsfähig zu halten und Wachstumspotenziale zu schaffen. Darüber hinaus ist eine erneute große Kraftanstrengung notwendig, um weitere Potenziale der Beschleunigung von Planungs-, Genehmigungs- und Bauverfahren zu heben. Es geht darum, die wirtschaftliche Prosperität von Morgen sicherzustellen.

Jetzt fordern wir die Bundesregierung auf, konsequent und unverzüglich weitere Maßnahmen zur maximalen Beschleunigung der Prozesse und Verfahren beim Erhalt und dem Ausbau der Infrastruktur auf den Weg zu bringen!

Wir wollen den Fokus auf Maßnahmen legen, die dem Erhalt und dem Ausbau der Infrastruktur mit sofortiger Wirkung dienen, etwa dem Verzicht auf das Planfeststellungsverfahren bei dem Ersatz einer notwendigen Trasse sowie einer baufälligen Brücke durch ein in Größe und Funktion baugleiches Bauwerk. Es soll sichergestellt werden, dass Planfeststellungsfreiheit auch den Verzicht auf eine formelle Umweltverträglichkeitsprüfung, insbesondere bei Ersatzbauten, umfasst. Wir setzen uns dafür ein, Verfahren zu bündeln sowie das Beschaffungs- und Vergaberecht zu modernisieren. Die Behörden sollen angewiesen werden, das Instrument der Plangenehmigung mehr zu nutzen. Wir müssen die Vorteile der Digitalisierung auch in den Verfahren implementieren und brauchen eine gesetzliche Stichtagsregelung für große Vorhaben, um Verzögerungen bei Projekten zu verhindern.

## Zitat der Woche

«Herr Bundeskanzler, ich finde, dass Deutschland einen Anspruch hat, heute Morgen von Ihnen zu erfahren, wie Sie die Lage sehen und welche Schlussfolgerungen wir daraus zu ziehen haben.»

*Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Friedrich Merz MdB am 17.3.2022 im Anschluss an die bewegende Videoansprache des ukrainischen Präsidenten Selenskyj im Deutschen Bundestag.*

## Neues aus dem Büro

Ganz ehrlich: Ich hätte mir ein Thema gewünscht, das etwas „sexier“ gewesen wäre, aber es hat nicht sollen sein. Also hielt ich meine erste Rede im Deutschen Bundestag zum

„Antrags des Bundesministeriums der Finanzen: Griechenland – Vorzeitige Rückzahlung eines Kredites des Internationalen Währungsfonds und vorzeitige Teilrückzahlung bilateraler europäischer Kredite des ersten Hilfsprogramms“

– und das auch noch zu nachtschlafender Zeit nach 23 Uhr!



Ganz ehrlich: Für diese späte Stunde ging es erstaunlich lebhaft zu.

Wer sich meine Rede anhören und ansehen möchte, wird hier fündig: [KLICK](#)

In der kommenden Haushaltswoche werde ich dafür zweimal an das Rednerpult dürfen:  
- Donnerstag, 24.3., ab ca. 18:00 Uhr und  
- Freitag, 25.3., ab ca. 12:30 Uhr